

NACHRICHTEN

Job suchen darf nur, wer Geld hat

EU/SCHWEIZ sda. EU-Bürger, die sich zur Stellensuche in der Schweiz befinden, müssen über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Diesen Grundsatz, der eigentlich bereits heute gilt, hat der Bundesrat nun explizit in einer Verordnung festgehalten. Ab dem 1. April müssen ausländische Personen, die eine solche Kurzaufenthaltsbewilligung beantragen, über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Neue Regeln für Datenschutz

BRÜSSEL sda. Die EU-Staaten drücken bei der europäischen Datenschutzreform aufs Tempo: Die EU-Justizminister einigten sich in Brüssel grundsätzlich auf weitere Kapitel des Mammutwerkes, das die bisherigen Regeln aus dem Jahr 1995 ersetzen soll. So billigten die Minister im Grundsatz unter anderem das künftige Beschwerdeverfahren. Demnach müssen sich Bürger oder Unternehmen bei vermuteten Datenschutzverstößen fortan nur bei der Aufsichtsbehörde im Heimatstaat beschweren, die dies dann gegenüber dem EU-Land vertritt, in dem der Gegner seinen Sitz hat.

Befragung von Assange möglich

STOCKHOLM sda. Im Fall des seit Jahren in Ecuadors Botschaft in London feststehenden Wikileaks-Gründers **Julian Assange** zeichnet sich ein Durchbruch ab. Die schwedische Staatsanwältin **Marianne Ny** fragte bei den Verteidigern des Australiers an, ob sie mit einer Befragung in London einverstanden seien. Diese nahmen das Angebot an. Schweden fordert seit dem Jahr 2010 die Auslieferung Assanges, um ihn zu Vorwürfen zu verhören.

Hilfswerke kritisieren Sparpläne

ENTWICKLUNGSHILFE Der Bundesrat will die Ausgaben um jährlich 90 Millionen Franken kürzen. Dafür gibt es sogar Lob.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Noch im Dezember hatte der Bundesrat Kürzungen bei der Entwicklungshilfe des Bundes strikt ausgeschlossen. In der Debatte über das Budget für das laufende Jahr hatte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) an die Nationalräte appelliert: «Sie und wir sprechen immer wieder davon (...), wie wichtig und sinnvoll Entwicklungshilfe ist. Sprechen Sie nicht nur davon, sprechen Sie auch die Beiträge dafür!»

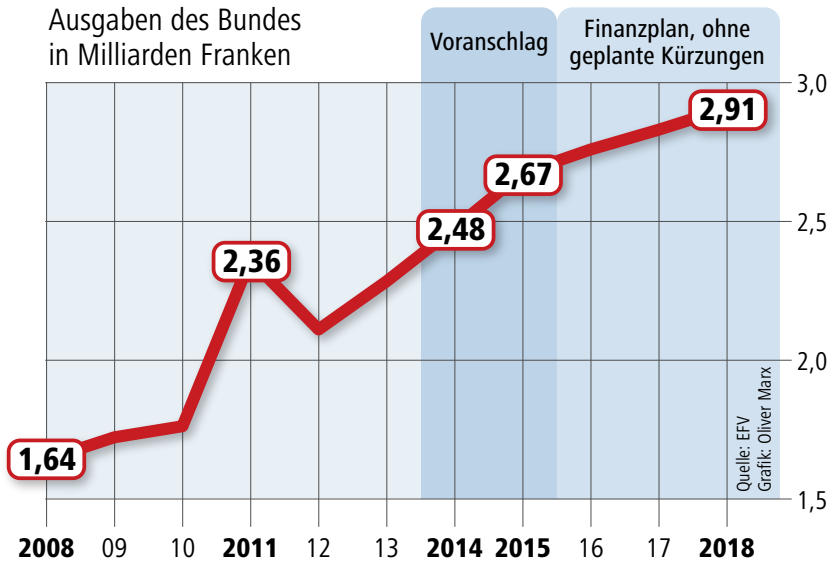
Der Appell fand bei den Parlamentariern Gehör: Der Nationalrat sprach schliesslich wie vom Bundesrat vorgeschlagen 2,67 Milliarden Franken für die Entwicklungszusammenarbeit und stellte sich damit gegen seine Finanzkommission. Diese wollte den Betrag um 99 Millionen Franken kürzen und dafür 110 Millionen mehr für die Landwirtschaft ausgeben. Letztlich erhielten die Bauern mehr, doch das Entwicklungshilfe-Budget wurde nicht angetastet.

Aussichten haben sich verdüstert

Nun setzt der Bundesrat dort allerdings selbst den Rotstift an. Zwischen 2016 und 2019 will er bei der Entwicklungszusammenarbeit jährlich 90 Millionen Franken weniger ausgeben als geplant (Ausgabe von gestern). Grund für den Meinungsumschwung sind die jüngsten Zahlen zu den Bundesfinanzen. 2014 lagen die Einnahmen des Bundes deutlich tiefer als budgetiert. Dadurch fiel der Haushalt in die

Entwicklungshilfe

Ausgaben des Bundes in Milliarden Franken



roten Zahlen. Auch die Aussichten für die nahe Zukunft haben sich verschlechtert. Deshalb will die Regierung nun in den kommenden vier Jahren insgesamt 1,3 Milliarden Franken sparen – unter anderem bei der Entwicklungszusammenarbeit.

«Es ist natürlich einfacher, bei der Entwicklungshilfe Kürzungen vorzuschlagen, weil uns das nicht direkt betrifft.»

DOMINIQUE SCHÄRER,
CARITAS-MEDIENSPRECHERIN

Leo Müller (CVP), der Präsident der nationalrätlichen Finanzkommission, sieht sich bestätigt. «Im Dezember hat uns der Bundesrat noch erklärt, dass die Entwicklungshilfe nicht einfach so gekürzt werden könne, nun macht er einen praktisch identischen Vorschlag wie wir damals», sagte der Luzerner gestern auf Anfrage hörbar zufrieden. «Das ist Balsam auf die Seele des Finanzkommissionspräsidenten.»

Fortschritte zunichtemachen

Weniger gut kommen die Pläne des Bundesrats bei den Hilfswerken an. «Es ist natürlich einfacher, bei der Entwicklungshilfe Kürzungen vorzuschlagen als etwa bei der Landwirtschaft

oder beim Tourismus, weil uns das nicht direkt betrifft», sagte Dominique Schärer, Mediensprecherin von Caritas, gegenüber unserer Zeitung. «Es wäre aber schade, wenn man die Fortschritte der letzten Jahre zunichtemachen würde.»

Zielwert von 0,5 Prozent

Damit spricht Schärer das Ziel des Bundes an, 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. 2011 hatte das Parlament diesen Zielwert festgelegt. Vergangenes Jahr lag der Anteil knapp darunter, und auch im laufenden Jahr dürfte er nicht erreicht werden, wie Finanzministerin Widmer-Schlumpf im Dezember erklärt hatte.

«Dass der Bundesrat nun, noch bevor man dieses Ziel erreicht hat, wieder kürzen will, ist stossend», sagte Matthias Herfeldt vom Hilfswerk Helvetas. «Umso mehr, als er international wiederholt erklärt hat, den von der UNO geforderten Anteil von 0,7 Prozent anzustreben.»

Auch der Schwyzer Nationalrat und SP-Fraktionspräsident Andy Tschümperlin hält Einsparungen bei der Entwicklungshilfe für verfehlt. «Man kann sich nicht ständig über die steigende Zahl von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen müssen, beklagen und als eines der reichsten Länder der Welt hier wieder sparen», gibt er zu bedenken.

Sparpotenzial in anderen Bereichen

Nationalräte anderer Parteien stehen dem Vorhaben der Regierung hingegen offen gegenüber. «Der Bundesrat muss ein Schuldenbremse-konformes Budget präsentieren», erklärte Roland Fischer (GLP). «Wenn sich die Einnahmensituation verschlechtert, ist es notwendig, Einsparungen vorzunehmen.» Der Luzerner Finanzpolitiker findet, dass man alle Aufgabenbereiche anschauen müsse, bei denen gespart werden kann. «Einsparpotenzial sehe ich beispielsweise auch im Strassenverkehr.»

Warnung bereits seit Jahren

Der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi begrüsst die Reduktion ebenfalls. «Die SVP warnt schon seit Jahren, dass die Entwicklungshilfe völlig überbordet.» Und auch der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali (FDP) stellt sich hinter den Vorschlag des Bundesrats. «Wenn man das Wachstum der Entwicklungshilfe anschaut, ist die Reduktion vertretbar», sagte er. «Man kann nicht nur im Inland sparen.» Das sei letztlich auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

«Wenn man das Wachstum der Entwicklungshilfe anschaut, ist die Reduktion vertretbar.»

ALBERT VITALI,
LUZERNER NATIONALRAT (FDP)

Diesem Argument widerspricht Matthias Herfeldt. «Es ist nicht gerechtfertigt, dass die reiche Schweiz bei den Ärmsten der Welt gleich viel spart wie etwa beim Strassenverkehr», findet er. Glücklicherweise zeige die Erfahrung bei den privaten Spenden, dass die Solidarität der Leute nicht vom Konjunkturverlauf abhängig sei. «Daran sollte sich der Bundesrat ein Beispiel nehmen.»

ANZEIGE

NEUER CITROËN C1

AB CHF 8'550.-

ELEKTRISCHES INTEGRAL-
FALTDACH AIRSCAPE

CITROËN empfiehlt TOTAL

Faltdach AIRSCAPE

€UROWIN
PRÄMIE
biz zu
CHF 3'400.-*

+

0% LEASING

TAGE DER OFFENEN TÜR UND GROSSER WETTBEWERB VOM 20. BIS ZUM 28. MÄRZ. NUTZEN SIE DIE ANGEBOTE, DIE RICHTIG GUT TUN; SIE GELTEN FÜR DIE GESAMTE FAHRZEUGPALETTE.

CRÉATIVE TECHNOLOGIE



Angebote gültig für alle zwischen dem 1. und dem 31. März 2015 verkauften und immatrikulierten Fahrzeuge. Angebote gültig für Privatkunden; nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Empfohlene Verkaufspreise. Neuer Citroën C1 1.0 VTi 68 Manuell Start 3 Türen, Verkaufspreis CHF 12'450.-, Eurowin-Prämie CHF 3'400.-, Eintauschprämie CHF 500.-, CHF 8'550.-; Verbrauch gesamt 4,1 l/100 km; CO₂-Emission 95 g/km; Treibstoffverbrauchs-kategorie B. Leasingzins 0 %, 36 Monatsraten zu CHF 49.-, 10'000 km/Jahr, Restwert CHF 4'304.05, erste Rate um 30 % erhöht. Effektiver Jahreszins 0,50 %. Angebot in Verbindung mit dem Abschluss einer Ratenversicherung Secure4you+. Kosten der Option: 4,65 % der Monatsrate. Unter Vorbehalt der Genehmigung durch Citroën Finance, Division der PSA Finance Suisse SA, Schlieren. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Vollkaskoversicherung obligatorisch. C1 1.0 VTi 68 Manuell Feel Airscape 3 Türen, Katalogpreis CHF 15'100.-. Abgebildetes Modell mit Optionen: C1 1.0 VTi 68 Manuell Feel Edition Airscape 5 Türen, Katalogpreis CHF 18'050.-. Der Durchschnittswert der CO₂-Emissionen aller immatrikulierten Neuwagen beträgt für das Jahr 2015 144 g/km. Eintauschprämie nur gültig bei Übernahme eines Fahrzeugs, das seit mindestens sechs Monaten auf den Namen des Kunden zugelassen ist. *Die Höhe der Eurowin-Prämien kann jederzeit entsprechend der Entwicklung des Wechselkurses CHF/EURO geändert werden.